

## "Räte der Religionen" als Partner von Stadtverwaltungen in Baden-Württemberg: ein Weg zur Förderung des gesellschaftlichen Dialogs

## Ein Projektvorschlag der Stiftung Weltethos

Präsentation bei der konstituierenden Sitzung des Runden Tisches der Religionen, Stuttgart, 24.5.2017

Sehr geehrter Herr Minister Lucha, geschätzte Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ich bin dankbar, in diesem wichtigen neuen Gremium einen Projektvorschlag der Stiftung Weltethos vorstellen zu können. Dieses Projekt will das Anliegen und Ziel, das Sie, Herr Minister, mit diesem landesweiten Runden Tisch der Religionen verfolgen, auf der Ebene der Kommunen widerspiegeln. Es geht darum, den gesellschaftlichen Dialog der Religionen und damit Integration und gedeihliches Zusammenleben in den Kommunen und Städten unseres Bundeslandes zu fördern und zu erleichtern. Dazu sind Strukturen und Plattformen der Kommunikation zwischen den Religionsgemeinschaften und mit der Stadtverwaltung nötig, die diesem Zweck am besten nützen. Räte der Religionen auf kommunaler Ebene hält die Stiftung Weltethos dazu für besonders geeignet, wobei die Bezeichnung durchaus örtlich unterschiedlich sein kann. Wir fühlen uns in dieser Überzeugung bestärkt durch konkrete Erfahrungen in allerdings erst wenigen Städten, in denen solche Räte, Runden Tische oder Foren der Religionen bereits als feste Einrichtungen tätig sind; drei gute Beispiele sitzen hier am Tisch, und ich bin durch persönliche Gespräche mit Verantwortlichen in Ulm und Heidelberg in diesem Vorhaben weiter ermutigt worden. Deshalb bietet die Stiftung Weltethos an, die Bildung solcher "Räte der Religionen" in weiteren Städten Baden-Württembergs anzuregen und, wo gewünscht, mit ihrer personellen und inhaltlichen Expertise beratend zu begleiten. Die Stiftung sieht sich durch ihre namentliche Erwähnung im Koalitionsvertrag der beiden Regierungsparteien von 2016 in eine Verantwortung als Partnerin der Landesregierung gerufen und versteht sich aufgrund ihrer unabhängigen Position als eine der dort geforderten "Schnittstellen zwischen den Kirchen, Glaubensgemeinschaften und dem Staat".

Worin besteht der *Wert und Mehrwert* solcher Räte der Religionen? Zwei Gegebenheiten seien erwähnt:

- (1) Alle Religionsgemeinschaften, seien sie schon lange am Ort etabliert oder durch den neuen Flüchtlingszuzug entstanden, wollen das Leben ihrer Kommune mitgestalten, und ihre Mitglieder wollen sich auch als religiöse Menschen einbringen. Religionen sollen ja ihren Angehörigen ein Stück Heimat bieten und ihnen helfen, sich ohne Angst auf die Gesellschaft einzulassen. Mit dieser Zielsetzung können die Religionsgemeinschaften hilfreiche Partner der Stadtverwaltung sein, indem sie die Integration von Menschen mit unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägung in die lokale Gesellschaft fördern.
- (2) Es bestehen vielerorts bereits Kommunikationsstrukturen wie Integrationsbeiräte, bilaterale Gespräche zwischen Stadtverwaltung und einzelnen Religionsgruppen, oder interreligiöse Dialoggruppen. Sie alle haben ihre besonderen Charakteristika, Arbeitsweisen und Ziele, sie haben Stärken, aber auch Beschränkungen und Grenzen. Ein Rat der Religionen will solche wertvollen und oft seit langem erfolgreich tätigen Strukturen keineswegs ersetzen oder in Konkurrenz zu ihnen treten, sondern ergänzen. Besonders die repräsentative Zusammensetzung und die Stabilität einer solchen gemeinsamen Plattform aller Religionen sollen Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit sicherstellen.

Der *Mehrwert* eines solchen Rates würde unter anderem in Folgendem bestehen:

- Aufbau von Vertrauen zwischen allen Religionsgemeinschaften und ihren Vertretern sowie zwischen den Religionsgemeinschaften und der Stadtverwaltung
- Austausch über Fragen und Probleme, die Religionsgemeinschaften als solche (einzeln oder gemeinsam) in ihrem Leben in der Stadt betreffen
- Prävention und Bearbeitung von Missstimmungen und Konflikten zwischen Religionsgemeinschaften selbst, mit der Stadtverwaltung oder mit anderen Akteuren.
- Stärkung der interreligiösen Kompetenz innerhalb der Stadtverwaltung
- Stärkung der Motivation der Religionen zum Engagement in der Stadt
- Verlässliche Struktur zum Aufbau regelmässiger Dialogaktivitäten, z.B. Organisation von Veranstaltungen und Projekten, die alle Religionen gemeinsam einbinden.

Dreierlei Zielgruppen würden aus solchen Räten Nutzen ziehen:

- Die Stadtverwaltungen würden durch repräsentative und verlässliche Ansprechpartner aus den Religionen Hilfe bei der Bewältigung der Integrationsaufgaben erhalten;
- Die Religionsgemeinschaften könnten sich noch leichter in das Leben der Stadt einbringen und ihre Mitglieder sich leichter in die säkulare Gesellschaft integrieren;
- Alle Bewohner der Stadt würden Hilfe für ein konfliktarmes und konstruktives Zusammenleben in Vielfalt erhalten.

Es ist hier nicht der Ort, konkrete Details zur Durchführung dieses Projekts zu thematisieren; ich habe dazu erste Überlegungen verfasst, ebenso Orientierungslinien für interessierte Kommunen, gespeist aus praktischen Erfahrungen. Auch bestehen Vorüberlegungen, mit welchen Städten konkret in einem ersten Schritt Interesse und Bereitschaft für die Einrichtung eines Rates der Religionen sondiert werden könnten. Fünf Städte zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern (etwa die Grösse von Ellwangen, Ravensburg oder Wiesloch) und fünf über 50.000 Einwohner, wie Konstanz (davon drei Grossstädte wie z.B. Reutlingen oder Pforzheim), verteilt auf alle vier Regierungsbezirke, sind vorläufig von unserer Seite als potentielle Partner des Projekts in Betracht gezogen. Selbstverständlich muss eine Kommune einen solchen Prozess auch wollen; die Kommune ist das eigentliche Subjekt. Die Stiftung Weltethos sieht sich mit diesem Projekt als Dienstleister und Ratgeber – im Dienst unseres Landes und seiner Kommunen, damit alle Einwohner, ob religiös oder nicht, immer besser miteinander leben lernen.